



Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 7.3.1990). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.  
Osnabrück, den 24.8.1990....  
KATASTERAMT OSNABRÜCK  
..... *Krumholz* .....  
(Unterschrift)

**Planunterlage** angefertigt vom  
**Katasteramt Osnabrück**  
**Maßstab 1: 1000**  
  
Landkreis Osnabrück, Gemeinde Ankum  
Kartengrundlage: Liegenschaftskarte, Maßstab 1: 1000  
Gemarkung Ankum Flur 12  
Feldvergleich vom 07.03.1990 Az.: V 2021/90  
Katasteramt Osnabrück, den 16.03.1990  
  
Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet (§ 13 Abs. 4 Nds. Vermessungs- und Katastergesetz vom 02. Juli 1985 - Nds. GVBl. S. 187); dazu gehören auch Zwecke der Bauleitplanung.

**Gemeinde Ankum**  
Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.90 (Nds. GVBl. S. 113 ff.), hat der Rat der Gemeinde diese Bebauungsplanänderung, bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden textlichen Festsetzungen, in der Sitzung am ..... als Satzung beschlossen.

**Planungsrechtliche Festsetzungen**  
Gemäß § 31 (1) BauGB kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Stadt eine Ausnahme von der festgesetzten Stellung der baulichen Anlagen zulassen. Die Abweichung muß dabei genau 90 Grad betragen.

Die Errichtung von Garagen und Nebengebäuden ist nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Ankum, den 25.7.1990.....  
In Vertretung  
*H. H. H.*  
.....  
Gemeindedirektor

**HINWEISE:**  
Von der Kreisstraße und der Bundesstraße können Emissionen ausgehen. Für die in Kenntnis dieses Sachverhaltes errichteten baulichen Anlagen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich des Immissionsschutzes geltend gemacht werden.  
  
Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, sind diese gem. Nds. Denkmalschutzgesetz vom 30.05.1978 meldepflichtig. Diese Funde sind unverzüglich der zuständigen Kreis- oder Stadtverwaltung zu melden.

- PLANZEICHENERKLÄRUNG**
- ART DER BAULICHEN NUTZUNG  
☒ MI Mischgebiet
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG  
04 Geschoßflächenzahl  
05 Grundflächenzahl  
1 Zahl der Vollgeschosse (als Höchstgrenze)
- BAUWEISE, BAUGRENZEN  
o Offene Bauweise  
ED Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig  
Stellung der baulichen Anlagen (Hauptfirststrichung)  
Baugrenze
- VERKEHRSEFLÄCHEN  
Straßenbegrenzungslinie
- GRÜNFLÄCHEN  
Grünfläche privat  
Parkanlage
- SONSTIGE PLANZEICHEN  
Nicht überbaubare Grundstücksflächen  
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs  
Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

**3. ÄNDERUNG  
BEBAUUNGSPLAN NR. 22 „AUF DER LAGE“  
GEMEINDE ANKUM  
SAMTGEMEINDE BERSENBRÜCK / LANDKREIS OSNABRÜCK**

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 15.3.1990 die Aufstellung der Änderung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB am 12.06.1990 ortsüblich bekanntgemacht.  
*H. H. H.*  
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 16.05.1990 der Änderung des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 12.06.1990 ortsüblich bekanntgemacht. Die Änderung des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 21.06.1990 bis zum 24.07.1990 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.  
*H. H. H.*  
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am ..... dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die erneute Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom ..... bis zum ..... beschlossen. Ort und Dauer der 2. öffentlichen Auslegung wurden am ..... ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom ..... bis zum ..... gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Bedenken können nur zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen vorgebracht werden.  
.....  
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat die Änderung des Bebauungsplanes nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 25.07.1990 als Satzung (Nds. BauGB) sowie die Begründung beschlossen.  
*H. H. H.*  
Gemeindedirektor

Im Anzeigeverfahren gem. § 11 (3) BauGB habe ich mit Verfügung vom heutigen Tage ~~unter Erteilung von Auflagen/ Maßgaben~~ keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht.

Osnabrück, den 20. DEZ. 1990  
Landkreis Osnabrück  
Der Oberkreisdirektor  
In Vertretung  
*H. H. H.*  
Gemeindedirektor

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens für den Bebauungsplan ist gem. § 12 BauGB am ..... im Amtsblatt für den Landkreis bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ..... rechtsverbindlich geworden.

.....  
Gemeindedirektor

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

.....  
Gemeindedirektor

Innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

.....  
Gemeindedirektor

Die Änderung des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von:  
Osnabrück, den 2.5.1990

**PLANUNGSBÜRO DR. HARTMUT SCHOLZ**  
Nikolaioort 1-2 - 4500 Osnabrück  
Tel. (0541) 222 57